

Minister erhöhen Druck auf Steuerbetrüger

Bundesländer wollen Regeln für Selbstanzeige verschärfen – Detailfragen noch zu klären

Die Finanzminister der Bundesländer sind sich einig wie selten: Die Hürden für die strafbefreiende Selbstanzeige von Steuerbetrüger sollen erhöht werden. Im nächsten Jahr soll die Reform in Kraft treten. Bis dahin müssen allerdings noch einige Details geklärt werden.

VON ALEXANDER PITZ

Berlin. Für Steuerbetrüger, die von der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige Gebrauch machen wollen, wird dieser Weg in Zukunft teurer und schwieriger. Darauf haben sich die Länderfinanzminister gestern bei einer Konferenz in Berlin verständigt. Demnach sollen Steuerhinterzieher in jedem Fall dazu verpflichtet werden, alle notwendigen Angaben für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren offenzulegen. Bislang sind fünf Jahre ausreichend. Das bedeutet für die Betroffenen, dass sie, um einer Strafe zu entgehen, auch sämtliche Beträge umgehend nachzahlen müssen, die in diesem Zeitraum hinterzogen worden sind. Auch bei den Strafzuschlägen wird es strengere Vorschriften geben. Bisher sind bei einem Betrag ab 50 000 Euro fünf Prozent fällig. Künftig sollen es zehn Prozent sein. Nach Angaben aus Baden-Württemberg wird ein noch höherer Satz geprüft.

Zudem sind mehrere juristische Details zur Reform der Selbstanzeige nach wie vor ungeklärt. Bis Mai wollen die Länder jetzt einen konkreten Vorschlag vorlegen. Im nächsten Jahr soll die Neuregelung dann in Kraft treten. „Steuerhinterzieher müssen wissen: Die Luft wird dünn für sie“, sagte Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), der zugleich Vorsitzender der Länder-Finanzministerkonferenz ist. Sein niedersächsischer Amtskollege Peter-Jürgen Schneider (SPD) sieht das ähnlich. Er bezeichnete die getroffenen Entscheidungen als „Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit“. Es sei noch nicht allzu lange her, da hätte er eine solche große Übereinstimmung unter den Ländern kaum für möglich gehalten. Steuerhinterziehung könne nun von niemandem mehr als überschaubares Risiko betrachtet werden.

Das Bundesfinanzministerium signalisierte gestern Zustimmung zu den Plänen der Länder. „Ich unterstütze diese Position“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär Michael Meister (CDU). Die Selbstanzeige dürfe kein bequemer Ausweg für Steuerhinterzieher sein. Ralph Brinkhaus, Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, warnte indes: „Wenn wir die Hürden so hoch ziehen, dass keiner sie mehr erfüllt, dann ist nichts gewonnen.“ Man müsse eine „rechtssichere und handhabbare“ Regelung finden.

Aktuellen Umfragen zufolge haben die deutschen Finanzbehörden in den ersten Wochen dieses Jahres einen starken Anstieg bei der Zahl der Selbstanzeigen reuiger Steuerhinterzieher verzeichnet. In Niedersachsen etwa gab es nach Auskunft des Finanzministeriums in Hannover in diesem Jahr bereits 866 Selbstanzeigen. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 2862 gewesen. Als Auslöser dieser Entwicklung gilt unter anderem der Fall des früheren FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß.

Für Steuerhinterzieher, die per Selbstanzeige zurück zur Ehrlichkeit wollen, wird es künftig schwieriger.

FOTO: DPA

„Das ist auf jeden Fall ein Fortschritt“

Sie zählt schon länger zu denjenigen Politikern, die sich für eine Verschärfung der Vorschriften für die strafbefreiende Steuerselbstanzeige aussprechen: die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne). Alexander Pitz hat mit ihr nach der gestrigen Konferenz der Länderfinanzminister gesprochen.

Sind Sie mit den Ergebnissen der Finanzministerkonferenz zufrieden?

Karoline Linnert: Die aktuellen Ereignisse, wie etwa der Hoeneß-Prozess, haben es ermöglicht, einen Konsens über weitere Verschärfungen zu finden. Der zentrale Baustein ist aus meiner Sicht, dass wir bei Selbstanzeigen künftig hinterzogenes Geld für mindestens zehn Jahre zurückfordern können – und nicht nur für fünf. Nachdem in den letzten Jahren stets umstritten war, wie scharf man da zu Werke gehen sollte, ist das auf jeden Fall ein Fortschritt. Darüber freue ich mich.

Es sind allerdings noch einige Details zu klären. Wo liegen die strittigen Punkte?

Es gibt in der Tat mehrere offene Fragen. Darunter zum Beispiel die, wie hoch die Zuschläge auf Nachzahlungen ausfallen können. Das ist ein Punkt, der in den Prüfaufträgen gelandet ist.

Ihr bayerischer Kollege Markus Söder hatte vorgeschlagen, dass eine Selbstan-

zeige nur noch bis zu einer Million Euro strafbefreiend wirken sollte. Ist das auch Teil des Konsenses?

Die Möglichkeit einer Obergrenze gehört wegen rechtlicher Schwierigkeiten ebenfalls zu den Prüfaufträgen. Ich würde eine solche Grenze befürworten, im Moment ist aber noch unklar, ob das realisierbar ist. Grundsätzlich besteht unter den Ländern Einigkeit darüber, dass man bei hohen Summen anders vorgehen sollte als bei geringen.

Sie haben schon vor Jahren eine Verschärfung der Regeln gefordert. Warum ist das eigentlich erst jetzt möglich? Wer hat da auf die Bremse getreten?

Das waren immer die Länder, die dachten, es sei für sie vorteilhaft, Reiche zu schützen. Traditionell hatte man in solchen Fragen mit Hessen, Bayern und Baden-Württemberg immer seine liebe Not. Das ist nun anders. Es gibt zwar noch einige Weichspül-Vorschläge aus Hessen, aber ich sehe das eher als Rückzugsgefecht an. Es gibt einen Wertewandel innerhalb der Gesellschaft. Steuerhinterziehung wird von einer großen Mehrheit nicht mehr als Kavaliersdelikt gesehen, sondern als ein besonders übles und schädigendes Verhalten, mit dem man sich dem Solidaritätsprinzip entzieht. Das ist die Grundlage für die Reform, die nun möglich geworden ist.

Es gab auch Überlegungen, die strafbefreiende Selbstanzeige ganz abzuschaffen. Was halten Sie davon?

Die technischen Möglichkeiten, Steuerbetrug zu verfolgen, ändern sich ständig. Deshalb bin ich schon dafür, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob eine solche Ausnahmeregelung überhaupt notwendig ist. Schließlich gibt es berechnete rechtsstaatliche Bedenken. Zurzeit ist es aber richtig, daran festzuhalten.

Profittiert Bremen derzeit nicht auch von der steigenden Zahl der Selbstanzeigen?

Wir verzeichnen dadurch tatsächlich einen deutlichen Zuwachs an Steuereinnahmen. Das ist wunderbar. 2013 gab es 181 Anzeigen von Menschen, die ihr Geld ins Ausland geschafft hatten. Das bedeutete Mehreinnahmen in Höhe von rund 12,5 Millionen Euro. Im Jahr 2014 sind wir jetzt schon bei 88 solcher Anzeigen.

Zur Person

Karoline Linnert (55) ist Bürgermeisterin und Senatorin für Finanzen in Bremen. Die Diplom-Psychologin gehört zu den Grünen. Linnert war seit 1991 Bürgerchaftsmitglied, bevor sie 2007 Senatorin wurde.